

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kein politisches Urteil

Dieser Fall ragt heraus aus jener Szene von Bürgern, die eigentlich keine sein wollen. Jedem steht es frei, sich seine eigenen Gedankenreize zu bilden – doch wer auf Polizisten schießt, ist schlicht ein Verbrecher. Lebenslang lautete das folgerichtige Urteil für eine offenbar gezielte Tat. Die Frage ist, wie viele ähnlich gefährliche Angehörige die sektenartige Bewegung der „Reichsbürger“ hat und ob es auch in Behörden Sympathie für deren krudes Weltbild gibt. Anders als wohl das Reich der Reichsbürger in solchen Fällen stellte das Landgericht keine besondere Schwere der Schuld fest; wenn es dabei bleibt, kann der Mann, der einen Polizisten erschoss und zwei verletzte, in fünfzehn Jahren wieder frei sein. Das zeigt auch, dass die Richter gerade keine Marionetten sind, kein „politisches“ Urteil fällten, wie die Verteidigung meint. Das Gericht hielt den Mann für schuldig, trotz seiner „abnormen Gedanken“. Die kann man nicht verbieten. Aber das Urteil von Nürnberg führt hoffentlich allen Gesinnungsgenossen vor Augen, dass sie schon im freiesten aller Reiche leben. Mü.

Grenzen der Solidarität

Es sei dahingestellt, ob die Abstimmungen in der Lombardei und in Venetien über mehr Finanzautonomie für diese Regionen der Sache dienen sollten oder der treibenden Kraft, der Lega Nord. Denn Italiens Verfassung sieht vor, dass die Regionen mit der Regierung in Rom über die Finanzen verhandeln können. Rechtlich nicht bindender Referenden bedarf es dazu nicht. Es war also viel politische Theatralik im Spiel. Aber immerhin: Überraschende Mehrheiten derer, die an der Abstimmung teilnahmen – gut 38 Prozent der Wahlberechtigten in der Lombardei, 60 Prozent in Venetien –, stimmten für eine größere Fiskalkompetenz ihrer Regionen. Diese Wähler sehen ihre Steuergelder auf dem Weg in den italienischen Süden in schwarzen Löchern verschwinden, sie würden lieber mehr davon in der Nähe ausgeben. Sie haben genug von Umverteilung und Solidaritätsappellen. Das ist die kleine Version der europäischen Diskussion. In der tritt Italien gern als Advokat eines Finanzmechanismus auf, der Gelder vom Norden in den Süden lenken soll. Solidarität stößt dort an Grenzen, wo Wähler sie als ungerecht empfinden. K.F.

Kim sei Dank

Über Jahrzehnte hinweg waren die Sorgen der Nachbarn das Hauptargument gegen eine stärkere militärische Rolle Japans. Nordkorea hat es geschafft, diese Logik umzudrehen: Genau wegen einer Bedrohung aus der Nachbarschaft kann der japanische Ministerpräsident Abe nun gute Gründe für eine Reform der pazifistischen Verfassung seines Landes anführen. Abe geht es sicher nicht nur um Kim Jong-un, der mit seinen Provokationen eine ernste Gefahr für die Sicherheit in Ostasien geworden ist. Auch der Aufstieg Chinas, der mit einer gewaltigen Aufrüstung einhergeht, verändert das Sicherheitsgefühl der Japaner. Zum Bild gehört allerdings auch, dass ihre „Selbstverteidigungskräfte“ schon heute die modernste Ausrüstung in der Region haben. Den Japanern fehlt vor allem die eigene Atombombe, was technisch für das Land kein Problem sein dürfte. Noch sorgen die Vereinigten Staaten für die nukleare Abschreckung. Sollte Trump das eines Tages doch wieder in Frage stellen, wird es in Japan um weit mehr gehen als die Anpassung der Verfassung an die verteidigungspolitische Praxis. nbu.

Koalitionsverhandlungen planen einen Regierungsalltag, den es gar nicht gibt / Von Jasper von Altenbockum

Mit wenigen Sätzen hat Thomas de Maizière kürzlich in dieser Zeitung den Sinn allzu selbstverliebter Koalitionsverhandlungen vom Tisch gefegt: „Wenn man Koalitionsverhandlungen führt, gibt es die Neigung zu denken, dass sich die Wirklichkeit in Zukunft danach richtet. In der DDR hätte man gesagt: Wir machen einen Vierjahresplan. Dreimal hat das nicht funktioniert: zuerst wegen der Finanzkrise, dann wegen der Krise im Euroraum und schließlich wegen der Flüchtlingswelle und des Terrors“, sagte der Bundesinnenminister. Das hält CDU, CSU, FDP und Grüne nicht davon ab, über einen neuen „Vierjahresplan“ womöglich so lange zu verhandeln, wie noch nie über einen Koalitionsvertrag zur Vorbereitung einer Bundesregierung verhandelt wurde.

Koalitionsverträge waren lange Zeit unüblich. Seit 1961 gibt es Absprachen dieser Art, damals aber noch nicht in Form von „Verträgen“. Erst die rot-grüne Regierung Schröder/Fischer inszenierte den Koalitionsvertrag 1998 als Krönung eines politischen „Projekts“. Seither sind solche Vereinbarungen nicht mehr wegzudenken. Ob es sich dabei wirklich um „Verträge“ im engeren Sinn handelt, ist umstritten. Vor Gericht ist nie ausgefochten worden, ob sie tatsächlich so verbindlich sind, wie sie tun. Der Bruch eines Koalitionsvertrags ist politische Interpretationssache und muss nicht zum Koalitionsbruch führen. Ihre Konstruktion funktioniert nur, weil Regierungsmitglieder zugleich auch Parteipolitiker sind.

Deshalb lief die Kritik in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, Koalitionsverträge widersprächen der Richtlinienkompetenz des Kanzlers und seien deshalb verfassungswidrig, ins Leere. Denn der Kanzler als Parteipolitiker (meist sogar Parteivorsitzender) kann sehr wohl die Richtlinien des Vertrags und der darauf gegründeten Regierungsgeschäfte bestimmen – wenn auch nicht mehr so eindeutig wie in einer „Kanzlerdemokratie“ ohne Koalitionsverträge. Ein Abklatsch dieser Debatte ist die Behauptung, jemand könne auf „Augenhöhe“ mit der Kanzlerin regieren. Richtlinienkompetenz kann aber nur einer haben – Augenhöhe und Koalitionsvertrag hin oder her.

Bedenklich ist allerdings, dass die Koalitionsverträge immer dicker, die Ergebnisse immer detailverliebter werden und die Verhandlungen deshalb immer länger dauern. Der Vertrag von 2013 hatte 183 Seiten; die Verhandlungen dauerten gut zwei Monate. Allein die Sondierungen sollen jetzt länger als drei Wochen dauern. Der Grund dafür waren und sind besonders ausgeprägte Rechtfertigungsgründe für die beteiligten Parteien. Die SPD ließ sich deshalb 2013 den Koalitionsvertrag durch einen Mitgliederentscheid billigen. Es war das erste Mal, dass sich eine Partei dazu entschloss. Damit dieser Entscheid positiv verläuft, war es notwendig, dass der damalige Vorsitzende Sigmar Gabriel die Erfolge der SPD nicht erst am Ende, sondern schon vor Beginn der Koalition präsentieren konnte.

Warum sich daraus auch verfassungsrechtliche Fragen ableiten ließen, wollte Gabriel 2013 in seinem legendären Auftritt im „heute-journal“ nicht wahrhaben. Läuft aber schon ein Koalitionsvertrag auf eine Einschränkung der Kanzlerdemokratie zugunsten der Parteidemokratie hinaus, gilt das umso mehr, wenn

sich die Parteiführungen die Bildung einer Koalitionsregierung durch ihre Mitglieder „demokratisch“ vergolden lassen. Gibt es auf diese Weise nicht Wähler erster Klasse, die Parteimitglieder, die eine Koalition wählen, und Wähler zweiter Klasse, alle anderen Wahlberechtigten, die „nur“ den Bundestag wählen? Werden die Abgeordneten und Fraktionen, die es doch eigentlich sind, die den Kanzler wählen, nicht weiter abgewertet?

Seit es die Koalitionsverträge gibt, gilt die Faustregel: je mehr Legitimationsbedarf, desto pingeliger die Verhandlungen. Diese Regel dürfte sich unter den Bedingungen von „Jamaika“ bestätigen, zumal FDP und Grüne es so halten wollen wie damals die SPD – die Mitglieder sollen über die Ergebnisse der Verhandlungen mit CDU und CSU entscheiden. Die Union will es bei Parteitag belassen, die CSU vielleicht auch die Mitglieder befragen. Allen vier Parteien geht es damit aber so wie Sigmar Gabriel: Sie müssen ihre jeweiligen Erfolge in einer künftigen Regierung schon festgeschrieben haben und vorweisen können, bevor diese Regierung überhaupt in Amt und Würden ist. Also dauert es länger.



Vor Tische las man's anders: Nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrags 2013 Foto dpa

Unterrepräsentiert

Warum gibt es im Bundestag so wenige junge Abgeordnete? Und: Sollte sich das ändern? / Von Johannes Mohren

Wer wollte, konnte das Zittern von Konstantin Kühle am Wahlabend bei Twitter verfolgen. Auf die Freude über das Abschneiden der FDP folgte das lange Warten. Reicht Platz sechs der niedersächsischen Landesliste – der Platz, den er sich in vielen Abstimmungen hart erkämpft hatte – für den Einzug in den Bundestag? Später dann der Tweet der Erleichterung: „Es hat gereicht“, teilte Kühle mit. Dazu gab es zwei Smileys, die wohl gleichermaßen Unglauben wie Jubel ausdrücken sollten. Das stand fest: Kühle, Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen, gehört dem 19. Deutschen Bundestag an. Und das mit 28 Jahren. „Es ärgert mich, wenn politische Entscheidungen über die Köpfe kommender Generationen hinweg gefällt werden“, steht auf seiner Homepage.

Kühle ist einer der wenigen aus seiner Altersgruppe, die es geschafft haben. Nur zwölf Abgeordnete sind jünger als 30 Jahre. Das sind – bei 709 Parlamentariern – 1,7 Prozent. Doch zugleich gehören mehr als 15 Prozent der Wahlberechtigten dieser Altersgruppe an. „Verheerend“ sei das, sagt Johanna Uekermann, scheidende Vorsitzende der Jusos. Der neuen SPD-Bundestagsfraktion – trotz der Wahlschlappe immer noch 153 Abgeordnete stark – gehört niemand an, der jünger als 30 Jahre ist.

Uekermann selbst, seit einigen Wochen 30 Jahre alt, hat es auch nicht geschafft. Schon bei der Listenaufstellung der Bayern-SPD Monate vor der Wahl war das abzusehen. Platz 26 bekam sie, 2013 waren 22 Mandate über die Liste vergeben worden. Es sorgte für Ärger. „Eine Liste aufzustellen, in der nichts außer Regionalproporz zählt, ist schlicht verant-

wortungslos“, schrieb Uekermann damals bei Facebook. Ihr Vater legte verärgert seine Parteiämter nieder, sprach von „Prüfungsabsicherung“. Heute sagt Uekermann im Rückblick auf die SPD-Aufstellung bei der Bundestagswahl: „Es ist kein Wunder, dass sich diese Generation von uns so nicht repräsentiert fühlt.“

Konstantin Kühle ist also die Ausnahme. Und er ist es nur deshalb, weil die FDP gut abgeschnitten hat, denn einen sicheren Listenplatz hatte er nicht. Uekermann ist die Regel. Das lässt sich zumindest mit Blick auf die Zahlen sagen. Was die beiden eint: Sie haben sich über ein Jahrzehnt lang nach oben gearbeitet. Beide sind seit 2002 Mitglied in ihren Jugendorganisationen. Uekermann war da 14, Kühle 13 Jahre alt. Er war damit eigentlich noch zu jung, sein Eintritt rechtlich gar nicht möglich. Kühle fälschte das Geburtsdatum. Beide stiegen auf, Posten für Posten. Sie ist seit 2013, er seit 2014 Bundesvorsitzender. Und beide gehören den Vorständen der Mutterparteien an. Doch wenn es um Plätze im Bundestag geht, haben sie es schwer. Sogar sie, könnte man sagen – die exponierten Jungen.

Aber: Ist das für die Volksvertretung ein Problem? Geht es nach dem Politikwissenschaftler Martin Florack, lautet die Antwort „nein“. Er fordert, im Alter kein Kriterium zu sehen, denn es sage wenig aus – durch den Blick darauf werde der Repräsentationsgedanke stark verkürzt: „Es würde Parlamentarier als Interessenvertreter einer Generation festlegen. Das wäre falsch.“ In den Jugendorganisationen klingt das erwartungsgemäß anders. Die Jusos gehen in die Offensive. „Wir müssen weg von Gedankengängen wie:

Wir waren schon immer da – uns steht das zu“, sagt Uekermann. Sie fordert weitgehende Veränderungen. „Die jungen Mitglieder müssen einbezogen werden: inhaltlich, organisatorisch – und ja: auch personell“, sagt sie. „Das muss sich von unten bis oben durch die gesamte Partei ziehen – durch alle Parlamente, alle Gremien, alle Listen. Die Jungen müssen sichtbarer werden.“

Die Forderungen sind nicht neu, die Vehemenz schon. Bei den Sozialdemokraten kommt der Impuls nicht nur aus der Jugendorganisation. Die Initiative „SPD++“ hat sich gegründet – ihr Ziel ist es, eine Struktur- und Organisationsdebatte anzustoßen. Es geht um viele Punkte, aber explizit auch um die Repräsentanz von jungen Leuten: Jeder Vierte in den Führungsorganen der Partei solle unter 35 Jahren alt sein, jeder fünfte Listenplatz bei Bundes- und Landtagswahlen solle an diese Altersgruppe vergeben werden. Es brauche junge Leute für neue Ideen, für Innovation – und für „eine stärkere Identifikation für junge Wählerinnen und Wähler“. So steht es in der Begründung der Initiative. Einbringen und diskutieren will sie die Vorschläge im Dezember auf dem SPD-Parteitag.

Es ist eine Jugendquote, die „SPD++“ ins Gespräch bringt – und sie auch als solche benennt. „Solche Mechanismen sind das Einzige, was hilft. Nur so lassen sich die verkrusteten Strukturen aufbrechen, mit denen sich die Älteren sehr gut arrangiert haben“, sagt der Jugendforscher Klaus Hurrelmann. Auch Uekermann fordert ein gezieltes Eingreifen: „Wir brauchen feste Vorgaben, die zur personellen Einbindung junger Menschen verpflichten“, sagt sie. Das Wort Quote nimmt sie

Dass sich der Regierungsalltag nicht an Koalitionsverträge hält, das ist ein offenes Geheimnis, an das de Maizière in seinem Verdikt über die „Vierjahrespläne“ erinnerte. Finanzkrise, Schuldenkrise, Flüchtlingskrise – die sogenannten Krisen häufen sich offenbar schon deshalb, weil alles eine „Krise“ ist, was vom Plan abweicht. Die politische Planwirtschaft steht wiederum für die Illusion, es dürfe in einer Welt der Planbarkeit nichts Unvorhersehbares mehr geben. Keine der drei zurückliegenden Wahlperioden, in der Kanzlerin Angela Merkel regierte, stand aber unter dem Stern eines der Koalitionsverträge, die sie aushandelte. Besonders augenfällig war das nach 2013, also nach besonders intensiven Verhandlungen.

Die Koalitionäre deuteten die Herausforderung, die ihnen bevorstand, den enormen Andrang von Flüchtlingen in Richtung Nord- und Westeuropa, zwar an. Welches Ausmaß er dann hatte, sprengte aber alles, was sie sich vorgenommen hatten. Keines der „Asylpakete“ war in dieser Form vorgesehen. Auf die im Koalitionsvertrag angekündigte „Strategie für Migration“ warten die Deutschen bis heute – sie dürfte im bevorstehenden Koalitionsvertrag unter dem neuen Titel „Einwanderungsgesetz“ wiederkehren. Daraus lässt sich eine zweite Regel ableiten: Je dicker der Koalitionsvertrag, desto unwahrscheinlicher ist es, dass sich die Wirklichkeit daran hält und eingehalten werden kann, was versprochen wird.

Mindestlohn, Frauenquote, Teilhabe-gesetz, Pflegeversicherung, „schwarze Null“, Energiewende-Reform, Länderfinanzausgleich – die Liste der „erledigten“ Ankündigungen ist lang. Mindestens ebenso lang ist aber die Liste der nicht eingehaltenen Versprechen, Ankündigungen und Absichtserklärungen, die zum größten Teil vorsorglich auch wesentlich vager formuliert wurden (und deshalb den Vertrag so in die Länge ziehen). Einiges davon, zum Beispiel der „flächendeckende“ Ausbau des schnellen Internets, kehrt sicherlich im nächsten Koalitionsvertrag wieder. Nähme man alle diese Passagen für bare Münze, müsste in Deutschland nicht mehr allzu viel passieren, um es innerhalb einer Wahlperiode in ein Paradies zu verwandeln. Eines wäre dadurch sicherlich überflüssig: Koalitionsverträge.



Hermann Otto SOLMS Foto Helmut Fricke

Alterspräsident

Vor zwei Jahren sprach noch eine Menge dagegen, dass geschehen würde, was an diesem Dienstag geschieht. Dass der FDP-Bundestagsabgeordnete Hermann Otto Solms die erste Sitzung des 19. Deutschen Bundestages leiten würde. Solms rang damals, um seinen 75. Geburtstag herum, mit dem Gedanken, überhaupt noch einmal für den Bundestag zu kandidieren. Der Parteivorsitzende Christian Lindner hatte ihn, den erfahrenen Parlamentarier, der sich wie kein Zweiter in den Finanzen der FDP auskennt und ihm beim Wiederaufbruch der am Boden liegenden Partei von der ersten Stunde an eng zur Seite gestanden hatte, aufgefordert, noch einmal anzutreten. Solms bat sich Bedenkzeit aus, sagte aber wenig später zu.

So war es schon 2013 im Herbst gewesen, als Lindner Solms gleich nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag bat, wieder als Schatzmeister zu kandidieren. Solms' Frau, so erinnerte er sich an den Moment, habe gesagt: „Du wirst doch nicht so blöd sein.“ Er sagte dann doch zu. Da die Partei nicht mehr im Bundestag war, wurde die Finanzlage schnell schwierig. Zu den wichtigsten Manövern von Solms gehörte, dass er einen Parteitagsbeschluss herbeiführte, der jedem Mitglied eine Umlage von 25 Euro pro Jahr für die Zeit von 2015 bis 2017 abverlangte.

Solms spielte also früh eine wichtige Rolle. Aber erst mal musste die Partei wieder in den Bundestag einziehen, damit er Alterspräsident werden konnte. Doch auch damit wäre eigentlich der AfD-Mann Wilhelm von Gottberg, der acht Monate vor Solms geboren wurde, Alterspräsident geworden. Aus Sorge genau davor war jedoch die Neuregelung beschlossen worden, dass nicht der an Jahren Älteste eröffnet, sondern der an Dienstjahren. Da lag nur das CDU-Mitglied Wolfgang Schäuble vor Solms. Weil Schäuble aber Bundestagspräsident werden soll, kam die Reihe an Solms.

Solms, der nach dem Wehrdienst Wirtschaft und Landwirtschaft studiert hatte, gründete zunächst ein Unternehmen, das elektronische Spielautomaten herstellte. Als die Computer ins Leben der Normalbürger vordrangen, arbeitete er für eine Hard- und Softwarefirma. 1971 wurde er FDP-Mitglied, 1980 zog er in den Bundestag ein. Vor allem kümmerte er sich um Finanzpolitik. Vermutlich wäre er 2009, als die FDP mit der Union eine Koalition bildete, gerne Finanzminister geworden. Das Ressort ging jedoch an die CDU. Vor gut einem Jahr erinnerte sich Solms im Gespräch mit dieser Zeitung nicht sehr positiv an die Jahre an der Seite Angela Merkels: „Der jeweilige Koalitionspartner erscheint in der Öffentlichkeit nur noch als nicht gleichberechtigter Juniorpartner.“

Solms wurde stellvertretender Bundestagspräsident. Wie alle ehemaligen Inhaber dieser Funktion durfte er noch eine Legislaturperiode lang ein Büro im Bundestag nutzen, auch in den vier Jahren, in denen die FDP nicht im Parlament saß. Von 2009 bis 2013 war er also der einzige FDP-Politiker mit Schreibtisch im Bundestag. Nun, mit bald 77 Jahren, wird er in ein normales Abgeordnetenbüro zurückkehren.

ECKART LOHSE



Frankfurter Allgemeine
SELECTION
AUSGESUCHTES FÜR
KLUGE KÖPFE

F.A.Z. Selection steht für herausragende Qualität und anspruchsvolles Design – gefertigt in deutschen Manufakturen und von renommierten Herstellern. Die Produkte werden exklusiv für F.A.Z.-Leser entworfen. Besuchen Sie unseren Online-Shop!

SCHULTERTASCHE

Handgearbeitete F.A.Z. Edition aus Chervo Kalbleder. Praktische Funktionalität und elegantes Design verbinden sich zu Ihrem Begleiter im Alltag. Im Format 38 x 29 x 8 cm kostet die Schultertasche 495 Euro.

HERRENBÖRSE

Passend zur Schultertasche aus dem gleichen Leder mit blauer Naht bietet die Börse acht Fächer für Karten und ein doppeltes Geldscheinfach. Im Format 12 x 9,5 x 1 cm kostet sie 195 Euro.

Bestellen Sie jetzt Ihr Set aus der Manufaktur Hammann zum Sonderpreis von 650 Euro.




F.A.Z. SELECTION www.faz.net/selection **Info: (069) 75 91-10 10** **Fax: (069) 75 91-80 82 52**